

ZEITUNG IN DER ZEITUNG

Eine Seite zur Politik vom SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller

Ausgabe 54 / November 2010



„Der Jugend eine Stimme geben“: Unter diesem Motto war Heinrich Aller unterwegs. Dass schon die Kleinsten ihre Stimme nutzen können, bewies der Kinderchor beim Konzert 30 Jahre Musikschule Seelze **Mehr auf Seite 2**

Die Wiederentdeckung der Kommunen: Aller: Solide Finanzausstattung für die Kommunen hat Priorität

Mit der Bundeskonferenz der SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) am 12. und 13. November in Bremen hat die SPD ein Signal weit über die Parteigrenzen hinaus gesendet.

Die Wiederentdeckung der Kommunen in der Politik! Das klare Bekenntnis führender Sozialdemokraten zu handlungs- und leistungsfähigen Kommunen in Deutschland waren mehr als nur Lippenbekenntnisse.



Neuer Vorsitzender: Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil führt die Bundes-SGK

Heinrich Aller, Landtagsabgeordneter, Ex-Finanzminister in Niedersachsen, aber eben auch seit 1972 ununterbrochen Ratsherr in seiner Stadt Seelze, war in Bremen als Delegierter dabei. Er bewertet die Wahlen und Beschlüsse als „ein Fundament, auf dem die SPD ihre wichtigen politischen Ziele aufbauen kann.“

Der Parteivorsitzende **Sigmar Gabriel** hielt ein flammendes Plädoyer für starke Kommunen. Sie müssten die Mittel für die Aufgaben bekommen, die sie im Staat und für die Menschen zu erfüllen haben. An dieser Vorgabe müssen sich Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung zukünftig messen lassen.

Viel Beifall gab es für **Frank-Walter Steinmeier**. Wiedergenesen und kämpferisch punktete er gegen Schwarz-Gelb: Egal ob Gesundheitspolitik, Atompolitik, Steuern, Min-



SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier bei seiner Rede in Bremen bei der Bundes-SGK

destlohn oder Bildungspolitik – „die wollen eine andere Republik“. Dagegen trete die SPD-Bundestagsfraktion an der Seite der Kommunen an.

Der Oberbürgermeister von Hannover, **Stephan Weil**, erhielt bei seiner Wahl zum Vorsitzenden der Bundes-SGK 96,4 Prozent der Stimmen. Wenn die SPD die Bremer SGK-Beschlüsse als Leitlinien für ihre künftige Politik umsetzen könne, wäre das gut für die Bürgerinnen und Bürger in Städten, Gemeinden und Kreisen.

Der Weg zurück an die Regierung in den Bundesländern und dem Bund führe – das galt früher, heute und zukünftig – über die „roten Rathäuser“, sind sich Weil und Aller einig. ■

Ein erfolgreiches Projekt: Der Jugend eine Stimme geben



Selbstbewusste Jugendgewerkschafter: Der Nachwuchs der IG BCE will alle Jugendlichen im Betrieb ansprechen.

Das Projekt des SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller – „Der Jugend eine Stimme geben“ – trifft auf reges Interesse. In gleich drei Veranstaltungen, in denen das Verhältnis von jungen Menschen zu Politik und Gesellschaft im Mittelpunkt standen, registrierte der SPD-Politiker „viel Bereitschaft zur Mitarbeit – aber auch Kritik.“

Vor allem bei der Auftaktveranstaltung mit den Jusos Barsinghausen im KUBA und der „Diskussion am Kamin“ mit vierzig angehenden Jugendvertreterinnen und Jugendvertretern der Gewerkschaft IG BCE gab es deutliche Hinweise auf Probleme zwischen Jung und Alt. „Die verstehen uns einfach nicht.“ Oder: „Die nehmen unsere Forderungen und Argumente nicht ernst.“ Aber auch durchaus selbstkritische Stimmen meldeten sich zu Wort: „Schon unter den Jugendlichen gibt es Sprachlosigkeit.“ Mangelhafte Kontakte zwi-

schen Schülerinnen und Schülern verschiedener Schulformen, sozialer Gruppen, Migranten und Deutschen wurden ebenfalls beklagt.

Gute Ansätze sind Jugendparlamente oder Jugendstadträte - sie funktionieren jedoch nicht überall. Das wussten besonders die anwesenden Jugendpfleger zu berichten. Umso mehr unterstützte der SPD-Abgeordnete Heinrich die „Hauptamtlichen“ in ihrer ambitionierten Arbeit. Sie könnten gemeinsam mit engagierten Jugendlichen die „notwendigen Impulse dafür geben, über bildungs- und soziale Grenzen hinweg der Jugend mehr Gehör zu verschaffen. Bei den Kommunalwahlen im September 2011 könnten die jungen Wählerinnen und Wähler jedenfalls mitmischen: **Das Wahlalter 16 nutzt allen, die sich beteiligen wollen - mit 18 können sie auch selbst „einsteigen“.**

Sehr handfeste Vorstellungen von der Bedeutung ihres Stimm- und Mit-

wirkungsrechts bewiesen die angehenden Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter der IG BCE. „Wir wollen gewählt werden, weil wir die Interessen unserer jungen Kolleginnen und Kollegen vertreten wollen. Deshalb wollen wir gute Kontakte mit allen Gruppen haben“, erklärten sie selbstbewusst.



Interessante Initiative: Auch die niedersächsische Jugendfeuerwehr geht neue Wege in der Werbung um Nachwuchs.

Wie sehr die Jugend künftig umworben wird, damit die Aufgaben, Ansprüche und Anforderungen an die Gesellschaft künftig erfüllt werden können, wurde auch bei der Präsentation der **niedersächsischen Jugendfeuerwehren** im Garbsener CineStar deutlich. Die Initiative „Der Jugend eine Stimme geben“ geht indes weiter: Jungsozialisten aus Wunstorf haben inzwischen bei Aller angefragt, ob er seine „Zukunftsgespräche“ auch dort anbieten wolle. ■



Konstruktive Diskussion im KUBA zur Leitfrage: Wie funktioniert Jugendbeteiligung?

Mehr auf: www.heinrich-aller.de

Liebe Leserinnen und Leser,

es bewegt sich 'was in der Politik. Die Frage ist nur, ob die Richtung stimmt. Sicher ist nur, dass die Kluft zwischen Schwarz-Gelb und den Bürgerinnen Bürgern immer größer wird. Es scheint, als wollten Merkel in Berlin und McAllister in Hannover jetzt Themen abräumen, die sie in Umfragen auf den absoluten Tiefpunkt gebracht haben. Ganz nach dem Motto: „Es kann nur besser werden!“ – Die Stimmung im Lande soll gedreht werden mit aller Macht in den Parlamenten und einer machtvollen Medienkampagne. Stuttgart21, Gorleben, DGB-Aktionstag – Zehntausende gehen „auf Zinne!“ Gegen die Mehrheiten, die sich auf breiter Front gegen Schwarz-Gelb formiert haben. Dagegen setzen CDU und FDP das Projekt „Handlungsfähigkeit beweisen!“: Um jeden Preis!

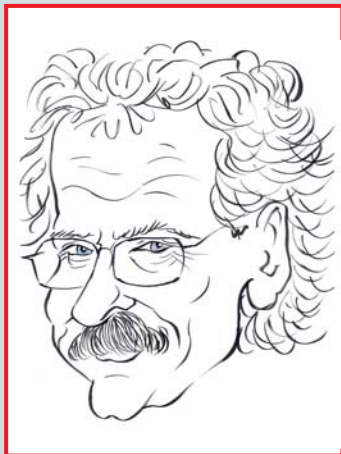
Das gilt für die Atompolitik:

Die gesellschaftliche Spaltung wird vorangetrieben. Laufzeiten für Kernkraftwerke werden verlängert. Atommüll wird vermehrt – ohne Endlager. Milliarden werden den vier großen Energiekonzernen in die Kasse gespült. Der Gorlebenkonflikt wird verschärft. Und die Minister und Röttgen (CDU) und Sander (FDP) legen nach: Das Bundesamt für Strahlenschutz wird entscheidend geschwächt. Der Sofortvollzug für Gorleben angeordnet. CDU und FDP machen den Weg frei für das „Atomklo Niedersachsen“.

Das gilt für die Schulpolitik:

Acht Jahre hat Schwarz-Gelb notwendige Reformen in der niedersächsischen Schulpolitik bekämpft. Unter Wulff verteidigte Koalition den dreigliedrigen Sonderweg.

An verantwortlicher Stelle mit dabei: der jetzige Kultusminister Dr. Althusmann. Jetzt, nach acht Jahren Irrweg, IGS-Verbot und Konfrontation mit Eltern, Schülern, Gewerkschaften und Opposition soll's jetzt die Oberschule richten. Sie ist die sprichwörtliche „eierlegende Wollmilchsau“, die von allem ein wenig gibt, vor allem aber die von der CDU geliebte Hauptschule quasi abschafft und ein Bollwerk gegen die IGS sein soll. Nicht fairer Wettbewerb zwischen IGS oder Oberschule ist das Ziel. IGS-Behinderung und Oberschulen-Bevorzugung heißt die neue schulpolitische Variante von Schwarz-Gelb.



Das gilt für das Kommunalwahlrecht: Gegen jeden Sachverstand und konsequent nach dem Motto, „Gut ist, was CDU und FDP nützt“ hat Schwarz-Gelb das Kommunalwahlrecht geändert. Weg mit der Stichwahl bei Entscheidungen über Bürgermeister und Landräten. Gut für die CDU. Weniger Wahlbereiche in Städten und Landkreisen. Gut für die FDP mit ihrer notorischen Personalnot bei Kommunalwahlen.

Fazit: Auch ein Hamster bewegt sich in seinem Laufrad. Er rennt, rennt und glaubt, er komme vorwärts... Wir wollen aus Stimmungen Stimmen machen. Ich lade Sie ein. Machen Sie in der SPD mit, wenn es um wichtige Entscheidungen für unser Land geht.

Fazit: Auch ein Hamster bewegt sich in seinem Laufrad.

Er rennt, rennt und glaubt, er komme vorwärts... Wir wollen aus Stimmungen Stimmen machen. Ich lade Sie ein. Machen Sie in der SPD mit, wenn es um wichtige Entscheidungen für unser Land geht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Heinrich Aller MdL

Aus dem Wahlkreis 34plus Heinrich Aller unterwegs in Barsinghausen, Garbsen, Gehrden, Neustadt a. Rbge., Seelze und Wunstorf



Die SPD-Delegation zu Besuch im Rathaus Seelze: Entscheidung gefallen - JobCenter bleiben verlässliche Ansprechpartner vor Ort.



Beeindruckend: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigten der SPD-Delegation den Alltag in der Werkstatt der Lebenshilfe Seelze.



Ortsgespräch, Harenberg, die Zweite: Im Mittelpunkt stehen Verkehrssicherheit im Ortszentrum und am Sportplatz.



Hochrangig besetzte Konferenz in Toronto: Erneut nahm Heinrich Aller am deutsch-kanadischen Expertentreffen der Atlantikbrücke teil.



Die „MUSE“-Macher kündigten auch für 2011 mit „Rule, Britannia“ ein ambitioniertes und international besetztes Musikfestival an.